Thorner  Zeitung

Begründet anno 1760

Ostdeutsche Zeitung und General-Anzeiger

Erscheint täglich. Bezugspreis vierteljährl. bei Abholung von der Geschäfts- oder den Ausgabestellen in Thorn, Mocker u. Podgorz 3.00 Mk., monatl 1.00 Mk., frei ins Haus gebracht 3.50 Mk., monatl. 1.20 Mk., bei allen Postanstalten 3.60 Mk., monatl. 1,20 Mk., durch Briefstr. ins Haus gebr. 4 02 Mk.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Seglerstr. 11. Telegr.-Adr.: Thorner Zeitung. = Fernsprecher Nr. 46. Verantwortlicher Schriftleiter: Oskar Schmid in Thorn. Für Anzeigen verantwortlich Martha Wendel in Thorn. Druck und Verlag der Buchdruckerei der Thorner Ostd Zeitung, G. m. b. H. Thorn,

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Kleinzeile oder deren Raum 25 Pf., für Stellengesuche u. Angeb., An- u. Verkäufe, Wohnungsanzeigen 20 Pf., für Anzeigen mit Platzvorschrift 40 Pf. Reklamen die Kleinzeile 50 Pf. Anzeigen-Annahme für die abends erscheinende Nummer bis 10 Uhr vorm

Nr. 17 — Dienstag, 21. Januar — 1919

Vorläufige Wahlergebnisse.

Berlin, 20. Januar. (Drahtnachricht). Aus Groß-Berlin liegen bis 1 Uhr nachts folgende Ergebnisse vor:

Naumann (Deutsch-demokratische Partei)	44 137
Scheidemann (Sozialdemokrat)	75 877
Eichhorn (Unabhängige)	30 476
Laverrenz (Deutsch-nationale)	23 374
Kahl (Deutsche Volkspartei)	12 790
Pfeffer (Christliche Volkspartei)	11 961

Danzig, 20. Januar. (Drahtnachricht).

Deutsch-nationale (Schultz)	11 700
Zentrum (Schümmer	13 300
Demokraten (Weinhausen)	23 500
Sozialdemokraten (Gehl)	32 500
Unabhängige (Leu)	6 800

Einige Bezirke stehen noch aus.

Bromberg, 20. Januar. (Drahtnachricht).

Bis 2 Uhr nachts stellte sich das Wahlergebnis folgendermaßen:

Sozialdemokraten	8279
Deutsche Volkspartei	7242
Deutsch-nationale Volkspartei	2991
Deutsch-demokratische	2371
Christliche Volkspartei (Zentrum)	1788

Das Ergebnis von 4 Bezirken steht noch aus.

Frankfurt a. O., 20. 1. (Drahtnachricht).

Deutschnationale	2771
Deutsche Volkspartei	3366
Christliche Volkspartei	1331
Demokraten	10 186
Sozialdemokraten	20 579
Unabhängige	742

Magdeburg, 20. 1. (Drahtnachricht).

Deutschnationale	5919
Deutsche Volkspartei	7205
Christliche Volkspartei	3514
Demokraten	42 144
Sozialdemokraten	103 483
Unabhängige	10 637

Rostock, 20. Januar. (Drahtnachricht).

Deutschnationale	2 967
Deutsche Volkspartei	4 086
Bauernbund	17
Demokraten	11 704
Sozialdemokraten	22 095

35. Wahlkreis **Mecklenburg und Lübeck**.

Die verbundenen Listen Deutschnationale Volkspartei und Bauernbund

zusammen	61 000 (1 Sitz)
Demokraten	130 000 (2 Sitze)
Sozialdemokraten	175 000 (3 Sitze)

Braunschweig, 20. Januar. (Dr.).

Braunschw. Landeswahlverband (Vereinigte Bürgerliche und Demokraten	16 477
Demokraten	16 200
Sozialdemokraten	16 363
Unabhängige	26 335

Hannover, 20. Januar. (Drahtnachricht).

Deutschnationale	5 303
Deutsche Volkspartei	28 857
Deutsch-Hannoversche Volkspartei und christlich soziale Volkspartei	42 160
Braunschweigischer Landesverband	3
Demokraten	22 263
Sozialdemokraten	89 440
Unabhängige	1 897

Kassel, 20. Januar. (Drahtnachricht).

Deutschnationale	9 489
Deutsche Volkspartei	2 610
Zentrum	4 095
Demokraten	25 082
Sozialdemokraten	51 018
Unabhängige	1 194

Frankfurt a. M., 20. 1. (Drahtnachricht)

Deutschnationale	3 624
Deutsche Volkspartei	6 585
Zentrum	10 150
Demokraten	18 667
Sozialdemokraten	48 406
Unabhängige	5 111

Erfurt, 20. Januar. (Drahtnachricht).

Deutschnationale	9 994
Zentrum	4 199
Demokraten	15 831
Sozialdemokraten	15 359
Unabhängige	26 991

Darmstadt, 20. Januar. (Drahtnachricht).

Deutsche Volkspartei	11 097
Hessische Volkspartei	1 084
Zentrum	3 410
Demokraten	12 940
Sozialdemokraten	15 740
Unabhängige	308

Die drei ersten Wahlvorschläge sind verbunden.

Die Auseinandersetzungen in Trier.

Marschall Foch hat am 16. Januar mit dürren Worten in Trier erklärt: zwischen Deutschland und Frankreich bestünde kein Frieden. Da es außer Krieg oder Frieden kein Drittes gäbe, so bestünde eben noch der Kriegszustand. Wenn Foch auch erläuternd hinzufügte, daß er nur Soldat sei, so bleibt eine Erklärung für den Vielverband doch gleich verhängnisvoll. Er hat damit vor der öffentlichen Meinung der ganzen Erde zugegeben, daß die Verbündeten auf den von Deutschland angebotenen Waffenstillstand eingingen, daß sie auch die Entwaffnung Deutschlands verlangten, um dann mit neuen und verschärften Bedingungen hervorzutreten. Deren Aufstellung und Erzwingung war und ist die Fortsetzung des Krieges mit dem Ergebnis, daßDeutschland wirtschaftlich derart geschwächt wird, daß sein Wiederaufbau vielleicht nur in Jahrzehnten möglich ist. Soweit das Rede-Duell Erzberger-Foch erkennen läßt, machen die Gegner auch kein Hehl aus der Absicht, Deutschland die ganze Rache und die ganze Gewalt des Siegers spüren zu lassen: Satz für Satz konnte die deutsche Vertretung eine Verletzung oder doch gehässige Auslegung der ursprünglichen Waffenstillstandsbedingungen nachweisen. Die deutschen Bedienungsmannschaften, die das rollende Material nach Frankreich und Belgien hineinfahren müssen, sind belästigt und beschimpft worden. Foch nimmt das nur zur Kenntnis. Weiter wurde nachgewiesen, daß deutsche Werkleiter, die von deutschen Militärbehörden gutgläubig Industriematerial übernahmen, völkerrechtswidrig inhaftiert worden sind. Diesen Fall will Foch immerhin prüfen, wobei heute schon zu sagen ist, daß die Feinde rechtlich und tatsächlich im Unrecht sind. Nicht anders verhält es sich mit den Beschwerden über Elsaß-Lothringen, wo die französischen Militärbehörden wider Recht und Sitte die Deutschen ausgewiesen haben. Vergeblich versuchte Foch dies unerhörte Verfahren durch das Verhalten der Deutschen in Lille und Nordfrankreich zu rechtfertigen. Auch hier hat sich der französische Oberbefehlshaber in seiner eigenen Schlinge gefangen. Als wir zu Kriegsmaßnahmen in Nordfrankreich schritten, da herrschte eben der außerordentliche Zustand des Krieges, worauf auch das Völkerrecht Rücksicht nimmt. Für Elsaß-Lothringen besteht keine Kriegsgefahr. Wenn trotzdem der französische Befehlshaber eine rücksichtslose Ausweisungspolitik verfolgt, so setzt er sich dem hinreichend begründeten Verdacht kleinlicher Rachsucht aus. Für eine Nation, die so auf ihren militärischen Ruhm und ihre militärische Ehre eifersüchtig ist, wie die französische, ist es wahrhaft kein Heldenstück, daß sie das rauhe Kriegshandwerk in derUebergangszeit des Waffenstillstandes gegen friedliche Bewohner übt. Vier Jahre haben sich die Franzosen vergeblich bemüht, die Deutschen aus Frankreich zu verdrängen. Als diese schließlich freiwillig gingen, war es keine glorreiche Kriegstat, Grenzgebiete zu besetzen, um hier die Einwohner die harte Faust des Siegers spüren zu lassen.

Noch ärger war die Bloßstellung der Beauftragten der Feinde in Sachen der Auslieferung der deutschen Kriegsgefangenen. Deutschland ist durch den Zusammenbruch seiner Verbündeten und als Folge der Revolution so geschwächt, daß es den Krieg überhaupt nicht wieder aufzunehmen vermag. Wer die Rückhaltung der Gefangenen zunächst eine Vorsichtsmaßregel, so stellt sie sich nunmehr als einen Gewaltakt dar, wie er in der neuen Geschichte einzig dasteht. Möglich, daß besonders Frankreich hinsichtlich unserer Gefangenen noch andere Pläne hegt, wie etwa ihrer Verwendung zum Wiederaufbau kriegszerstörter Gebiete. Wird dagegen von den Vereinigten Staaten kein Einspruch erhoben, deren Staatssekretär des Aeußeren doch gleich zur Stelle war, als Deutschland während des Krieges die belgischen Arbeitslosen überführte? Die Verwendung deutscher Gefangener zu Arbeiten in Feindesland geschähe durchaus gegen den Willen der Gefangenen und des deutschen Volkes. Tatsächlich käme eine solche Verwendung auf glatte Sklaverei hinaus, woran Worte, die die Sache anders bezeichnen, schließlich nichts ändern. Die deutsche Abordnung hat sich der Zwangslage fügen müssen und hat den neuen Vertrag mit seinen unerhörten Bedingungen unterzeichnet. Foch und der englische Admiral **Browning** haben es vermieden, die Bedingungen mit Gründen zu verteidigen. Entweder wurde auf den Kriegszustand hingewiesen oder aber überhaupt keine Antwort erteilt. Es bleibt uns also nur übrig, ungesäumt allen Völkern mitzuteilen, in welchem Sinne der Vielverband sich rüstet, die Bausteine zum Tempel des Völkerbundes zu errichten. Sie sind hart und kantig passen nicht zu einander und werden bereits ein so schlechtes Fundament geben, daß der Bau icht einmal bis zur Höhe des ersten Stockwerks geführt werden kann. Foch bezeichnet sich nur als Beauftragter seiner Regierung, die wieder unter **Clemenceaus** Leitung die öffentliche Meinung Frankreichs beherrscht. **Wilsons** neue Kundgebungen haben den Imperialismus Frankreichs nicht in erträglichem Maße zurückgeschraubt. Vielmehr bedroht dieser Imperialismus mehr als je zuvor den Frieden und die Freiheit aller Völker. Das Duell in Trier war kein Triumph, weder für Foch noch für Frankreich.

Der Volksbeauftragte **Scheidemann**, der mit dem Staatssekretär **Brockdorff-Rantzau** die Führung der deutschen Friedensgesandtschaft übernehmen soll, hat in Kassel erklärt, daß für unsere Verhandlungen nur die Grundsätze Wilsons in Frage kämen. Wenn der Vielverband darüber hinausginge, so müsse er die Verantwortung tragen, wenn der Bolschewismus über das hungernde Deutschland hinweg ganz Europa unterspüle. Die Regierung hat weiter dem festen Willen Ausdruck gegeben, alle Forderungen abzulehnen, die über die bekannten Grundsätze Wilsons hinausgehen.

Zur Geschäftsordnung der Friedenskonferenz.

Rotterdam, 18. Januar. „Daily Telegraph" meldet aus Paris: Die fünf Großmächte beschlossen, daß auf der Friedenskonferenz bindende Beschlüsse nur einstimmig gefaßt werden dürfen. Wenn bei einer Frage viel Meinungsverschiedenheit herrscht, soll diese zuerst ausgeschaltet und solange besprochen werden, bis jede Uneinigkeit beseitigt ist.

Die amerikanische Presse gegen geheime Verhandlungen.

Amsterdam, 18. Januar. Nach einer drahtlosen Meldung setzt die amerikanische Presse ihre Aktion gegen die Geheimhaltung der Verhandlungen in Paris fort. Die Amerikaner würden eine Geheimhaltung als eine entscheidende Niederlage Wilsons betrachten und werden den Kampf für die Oeffentlichkeit aller Verhandlungen fortsetzen.

Fochs Absichten auf das linke Rheinufer.

London, 18. Januar. (Reuter). In einer Ansprache an amerikanische Korrespondenten in **Trier** würdigte **Foch** die Rolle, die Amerika im Kriege gespielt hat, und sagte: Jetzt müssen wir einen Frieden machen, der der Größe unseres Sieges entspricht. Wir müssen einen Frieden haben, der so vollständig ist wie unser Erfolg. Ein Frieden, der uns gegen alle künftigen Angriffe schützt. Die natürliche Grenze, die die Zivilisation schützen wird, ist der Rhein; an ihm müssen wir die Deutschen halten. Dadurch machen wir es ihnen unmöglich, ihren „Coup" von 1914 zu wiederholen. Der Rhein ist die Friedensgarantie für alle Nationen, die ihr Blut für die Sache der Freiheit vergossen haben.

Das Finanzwesen der Provinz Posen unter polnischer Verwaltung.

Posen, 18. Januar. Der Oberste polnische Volksrat erläßt folgende Bekanntmachung: Die Vorgänge der letzten Wochen haben fast gänzlich die Fäden zerrissen, welche das Wirtschaftsleben unserer Landesteile mit Berlin vereinigt haben. Wir halten es deshalb für unsere Pflicht, das Wirtschaftsleben möglichst ungestört aufrecht zu erhalten und schon jetzt alle diejenigen Verordnungen zu treffen, welche die Bevölkerung vor wirtschaftlichen und sozialen Erschütterungen bewahren können. Zu diesem Zweck übernehmen wir die öffentlichen Finanzen unserer Landesteile in unsere Verwaltung.

Posen, 18. Januar. Der Oberste polnische Volksrat hat beschlossen, eine innere Anleihe bis zur Höhe von 50 Millionen Mark in 5prozentigen Anweisungen aufzunehmen. Die Beträge sollen für die militärischen und Verwaltungszwecke in den polnischen Landesteilen Deutschlands verwendet werden.

Brockdorff-Rantzau an England.

Die englische Regierung hat am 8. d. Mts. der deuschen Regierung eine Note überreichen lassen, worin sie die deutsche Regierung auffordert, künftig jede Herausforderung der polnischen Bevölkerung in Ost- und Westpreußen, Posen und Schlesien zu unterlassen. Sie weist darauf hin, daß die Zukunft der deutschen Ostgrenze von den Entscheidungen der Friedenskonferenz abhängen werde, und daß die Mächte bei Beurteilung der Frage notwendigerweise beeinflußt würden durch die Fähigkeit oder Unfähigkeit der Deutschen, Gebiete mit gemischter polnischer Bevölkerung zu verwalten. Die deutsche Regierung hat darauf mit folgender Note geantwortet:

Die deutsche Regierung ist mit der englischen Regierung darin einig, daß die Zukunft der deutschen Ostgrenzen von den Beschlüssen der kommenden Friedenskonferenz abhängt. Staatssekretär Dr. Solf hat bereits am 24. Oktober 1918 im Reichstag erklärt, daß sie das Programm des Präsidenten der Vereinigten Staaten offen und ehrlich angenommen hat. Dieses Programm begründet einen Frieden desRechts und der Versöhnung und will nicht neue Gegensätze und Kriege entstehen lassen.

Nach Wiedergabe der Ausführungen des Staatssekretärs fährt die Note fort: An dieser Auffassung hält die deutsche Regierung fest, sie befindet sich damit in Uebereinstimmung mit den Alliierten, wie dies in der Note desStaatssekretärs Lansing und dem Memorandum der Alliierten vom 5. November 1918 zum Ausdruck gekommen ist. Sie muß daher mit aller Entschiedenheit die Auffassung zurückweisen, daß die Regelung der gemischtsprachlichen Bezirke an der deutschen Ostgrenze irgendwie in Gegensatz zu dem vereinbarten Friedensprogramm erfolgen kann.

Die deutsche Regierung ist aber in hohem Grad befremdet, daß von ihr gefordert wird, sie solle „alle Provokationen der polnischen Bevölkerung in Ost- und Westpreußen, Posen und Schlesien unterlassen." Sie kann diese Auffassung der britischen Regierung nur darauf zurückführen, daß die Alliierten über. dieVorgänge an der Ostgrenze Deutschlands nicht unterrichtet sind; denn seit der Annahme der Wilsonschen Grundsätze durch die deutsche Regierung hat sich eine Provokation der Polen an die andere gereiht. Die Reden der Abgeordneten **Stychel** und **Korfanty** im Oktober 1918 im Reichstag bilden die Einleitung dazu.

Im Gegensatz zur Annahme der englischen Regierung hat die deutsche Regierung alles getan, um die von den Polen früher vorgebrachten Klagen abzustellen; die Ansiedlungs- und politischen Ausnahmegesetze wurden aufgehoben, der Gebrauch der polnischen Sprache gegenüber den deutschen Behörden wurde in weitestem Umfang zugelassen, auf dem Gebiete der Schule und Kirche wurde den Forderungen der Polen Rechnung getragen. Polnische Berater wurden den deutschen Behörden beigeordnet. Ein besonderes Amt zur Kontrolle der durch die Kriegswirtschaft aus der Provinz Posen heranzuziehenden Lebensmittel, in dem die Polen das Uebergewicht haben, wurde errichtet. Ueber weitere Maßnahmen in administrativer und personeller Beziehung schweben noch Verhandlungen.

Trotzdem sind die Polen planmäßig damit beschäftigt, einen Staat im Staate zu errichten. Gleich nach Abschluß des Waffenstillstandes entfalteten sie in der Provinz Posen eine rege Agitation zur Schaffung eines **polnischen Truppenkörpers** in der polnischen Presse. Es erging eine Aufforderung an alle entlassenen Mannschaften, sich sofort bei bestimmten Truppenteilen zu melden. Da die polnischen Soldaten dieser Aufforderung fast restlos nachkamen, gelang es den polnischen Führern, eine zuverlässige Truppe in ihre Hand zu bekommen. Die aus den polnischen Provinzen gebürtigen deutschen Mannschaften, die zur Entlassung kamen, begaben sich im Gegensatz hierzu sofort nach Hause. Herr Korfanty hat bei Verhandlungen in Bromberg, die mit Kommissionen der preußischen Regierung Anfang dieses Monats stattfanden, um den Zweck dieserMaßnahmen befragt, erklärt, diePolen dächten nicht daran, diese Wehrmacht aufzulösen, sondern sie versuchten, sie nach Möglichkeit zu verstärken, da sie nach Friedensschluß gezwungen sein würden, die durch den Konferenzbeschluß ihnen zugestandenen Gebiete gewaltsam zu erobern. Deutschland werde sie nicht frei-

willig hergeben. Nach den schon angeführten deutschen Regierungserklärungen ist diese Behauptung geradezu lächerlich.

Den Polen ist es gelungen, die deutschen Garnisonen in der Provinz Posen zu polonisieren. Der englischen Regierung selbst ist bekannt, wie das auf ihr Ersuchen von der deutschen Regierung gewährte freie Geleit an den englischen General Wade und seine polnischen Begleiter Herrn Paderewski und Frau von den letzteren in schmählicher Wei[…] mißbraucht wurde, indem diese Delegation […]e gegen alle Verabredungen nach Posen fuhr, […] gedort das Zeichen zum Kampfe der pol[…] [..]un Bevölkerung der deutschen Gebiete ge[…]ischen Deutschen zu geben. In dankenswer[…] gen die hat die englische Regierung selbst An[…] er Weise getroffen, damit die Fortsetzung d[…] ordnungen [..]eser Provokationen unterbleibt.

Am Tage nach der Ankun[…] [..]t Paderewskis fiel die Festung Posen in pol[…] [..]ische Hand. Sofort schlossen sich die polnisch[…] [..]en Kreise des Regierungsbezirkes Posen der […] Polen an. Von hier aus wurde die Agitat[…] [..]ion in den zur Hälfte deutschen Regierungsbez[…] [..]rk Bromberg und die westlichen deutschen K[…] [..]eise des Regierungsbezirks Posen herüber[…] [..]etragen. Aus dem militärisch strategischen […] Vorgehen gegen die wichtigsten Eisenbahn[…] [..]notenpunkte muß auf die Planmäßigkeit […] [..]er Bewegung geschlossen werden. Durch […] [..]nationale Begeisterung allein ist sie nicht zu […]rklären. Die Polen haben offenbar nicht d[…] [..]s Vertrauen zur Friedenskonferenz daß allen […] ihren Wünschen entsprochen wird. Es wird zuv[…]rlässig berichtet, Herr Paderewski habe in Pos[…]n mitgeteilt, die Polen könnten nicht damit rechnen, die Gebiete in dem Umfange, in dem sie sie beanspruchen, zu erhalten.

Dies ist der Grund dafür, daß in weiten Gebieten der Provinz Posen die deutsche Bevölkerung durch Terrorisierung zur Flucht veranlaßt wird. Wehrfähige deutsche Männer wurden interniert. In Posen darf die deutsche Bevölkerung nach 5 Uhr die Straße nicht mehr betreten. In der Zuteilung von Lebensmitteln werden die Deutschen den Polen gegenüber planmäßig benachteiligt. Für die Deutschen ist die Briefzensur eingeführt. Der Oberpräsident wurde seines Postens enthoben und Herr Trampczynski ohne Zustimmung der preußischen Behörden in das Amt eingesetzt. Der kommandierende General in Posen wurde verhaftet, mehrfach Landräte verhaftet und ihres Amtes entsetzt.

Auf zahlreichen Bahnstationen wurde der Abtransport von Lokomotiven und Eisenbahnwagen verhindert, die dazu bestimmt waren, gemäß den Waffenstillstandsbedingungen abgeliefert zu werden. Herr Korfanty hat diese Maßnahmen den Vertretern der preußischen Eisenbahnverwaltung gegenüber damit begründet daß das Material zum Netze der polnischen Bahn gehöre. Er werde bei der Waffenstillstandskommission erwirken, daß diese Lokomotiven und Wagen auf die Zahl der von Deutschland abzuliefernden angerechnet werden. Die deutsche Regierung sieht einer baldigen bestätigenden Aeußerung über die Richtigkeit dieser Behauptung des Herrn Korfanty entgegen.

Das Vorgehen der Polen gegen die Bahnen im Regierungsbezirk Bromberg gefährdet nicht nur den Transport von Lebensmitteln nach Berlin, sondern auch den Rücktransport der deutschen Truppen aus den besetzten russischen Gebieten.

Die Provinz Posen befindet sich zurzeit in einem Zustand des nationalen Aufruhrs. Die deutsche Bevölkerung richtet dauernd Hilferufe an die Reichsregierung. Diese sieht sich daher genötigt, ebenso wie früher die englische Regierung in Irland, militärische Maßregeln durch Entsendung einer starken Truppenmacht anzuwenden, um Ruhe und Ordnung wiederherzustellen. Die deutsche Regierung hat es bisher unterlassen, gegen die Staatsbürger der polnischen Nation, die nach den deutschen Strafgesetzen Aufruhr, Landes- und Hochverrat vorbereiten und begehen, einzuschreiten. Sie kann nicht länger einem Treiben zusehen, daß an Stelle einer von ihr bereits angenommenen gerechten friedlichen Regelung der Ostfragen der machtlüsterne polnische Imperialismus ungehemmt schaltet und waltet, da sie hierin eine nicht zu unterschätzende Gefahr für einen dauernden Weltfrieden erblickt.

Die Vorgänge in Oberschlesien haben mit nationalen Fragen nichts gemein. Hier herrscht auch in den gemischtsprachlichen Gebieten Polens ständige Ruhe. Eine Ausnahme bildet nur ein Teil des oberschlesischen Industriegebietes. Dort haben erhebliche Arbeiterunruhen stattgefunden die auf internationale bolschewistische Agitation zurückzuführen sind und mit nationalen Fragen nichts zu tun haben. Ein Beweis hierfür ist, daß dieselbe Bewegung in dem angrenzenden Industriebezirk in Kongreßpolen fast noch heftiger zum Ausdruck gekommen ist.

In Ostpreußen kann man von einer nationalen polnischen Bewegung überhaupt nicht sprechen. Auch von den Masuren, die von den Polen zu den ihrigen gerechnet werden, liegen der Reichsregierung überall Petitionen aus jüngster Zeit vor, in denen sie gegen eine Lostrennung vom Deutschen Reiche entschiedenen Widerspruch erheben.

Auch die Warschauer Regierung hat zur Aufstachelung der nationalen Bewegung in den preußischen Ostprovinzen beigetragen. Sie hat es sogar unternommen, die Wahl zur polnischen Konstituante in den genannten Provinzen anzuordnen und dieses deutsche Gebiet in 16 Wahlkreise einzuteilen, eine Provokation und Anmaßung, die in der Weltgeschichte einzig dastehen dürfte.

Alle Ma[…] seit dem […] [..]ßnahmen der deutschen Regierung mens di[…] Abschluß des Waffenstillstandsabkomrung d[…] [..]enen nur der sinngemäßen Durchfühberech[…] [..]eses Abkommens und der Abwehr unFro[…] [..]tigter polnischer Ansprüche, die polnische sch[…] ge bereits vor dem Friedenskongreß zur Ent[…]eidung zu bringen.

gez. Brockdorff-Rantzau.

Die Lage in Kowno.

Berlin, 19. Januar. Die Meldung von der Besetzung der litauischen Stadt Kowno durch die Bolschewisten bestätigt sich nicht. In Kowno befinden sich nach wie vor höhere deutsche Militärbehörden und Truppen.

Aus der Ukraine.

Kiew, 18. Januar. Die Presse meldet: […] Kriegsminister ist General Grekow, zum […] [..]um Generalstabschef General Ossezki, zum F[…] [..]nanzminister Martow und zum Minister für […] jüdische Angelegenheiten Rewuzki ernannt […] worden. — Weißrußland ist von der weißruss[…] [..]schen Sowjetregierung als ein Teil der russisch[…] [..]en Sowjetrepublik proklamiert und die bolsch[…] [..]wistische Gesetzgebung dort eingeführt worden.

Wahlergebni[s] Thorn-Stad[t] am 19. Januar 1919.

Wahlbezirk	Deutsche demokratische Partei	Deutschnationale Volkspartei	Zentrumspartei	Sozialdemokratische Partei	Unabh. Sozialdemokraten	Ungültig	Insgesamt
Thorn Bezirk 1	271	161	51	83	9	11	586
„ 2	249	175	47	137	1	3	612
„ 3	135	145	12	91	—	—	383
„ 4	158	198	35	90	1	4	486
„ 5	286	165	19	90	1	9	570
„ 6	212	201	38	134	1	2	588
„ 7	262	327	38	67	7	—	701
„ 8	242	194	15	234	6	5	696
„ 9	313	293	51	195	6	2	860
„ 10	190	205	32	181	24	7	639
„ 11	183	266	12	91	—	—	552
„ 12	120	81	11	479	—	—	691
„ 13	184	269	43	251	—	6	753
„ 14	257	502	57	141	—	2	959
„ 15	273	471	92	160	—	8	1 004
„ 16	217	272	33	225	—	—	747
„ 17	137	58	10	107	1	5	318
„ 18	200	98	8	74	—	7	387
„ 19	202	158	11	338	—	12	721
„ 20	129	201	18	99	4	1	452
„ 21	160	253	39	83	1	4	540
„ 22	72	96	3	125	—	6	302
„ 23	180	129	45	223	—	36	613
„ 24	51	91	27	140	9	4	322
„ 25	87	139	16	136	10	5	393
„ 26	83	118	8	134	13	—	356
„ 27	104	83	5	88	5	1	286
„ 28	47	59	4	108	—	3	221
Ergebnis Thorn Stadt	5 004	5 408	780	4 304	99	143	15 738

Auswärtige Wahlergebnisse.

Wahlbezirk	Dem.	Nat.	Soz.	Zentr.	Unabh.
Gurske	34	197	3	—	—
Pensau	280	48	54	—	—
Roßgarten	67	15	78	—	—
Scharnau	77	43	108	—	—
Schönwalde	13	30	158	1	—
Leibitsch	171	56	108	3	—
Mlyniec	59	14	—	—	—
Turzno	14	18	5	—	—
Bachau	61	34	12	—	1
Browina	—	46	—	—	—
Friedenau	10	17	1	—	—
Ostichau	25	45	—	—	—
Wolffserbe	8	26	—	5	—
Podgorz	1322	518	627	108	—
Thorn.-Papau	12	51	14	6	—
Zlotterie	18	89	23	—	—
Lissomitz	6	4	—	3	—
Bildschön	8	87	—	—	—
Dt Rogau	42	41	—	—	—
Griffen	10	52	—	—	—
Gr.-Bösendorf	249	184	76	—	—
Gr.-Nessau	25	107	34	—	—
Lonzyn	16	5	1	6	—
Ober-Nessau	63	163	21	2	—
Rentschkau	150	103	2	—	—
Sachsenbrück	81	34	20	—	—
Schwarzbruch	196	95	34	—	—
Seglein	151	32	—	—	—
Culmsee	388	811	87	57	23
Gurske	34	197	3	—	—
Hermannsdorf	105	64	4	—	1

Aus Stadt und Land.

Thorn, den 20. Januar 1919.

— **Die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung** gingen gestern in Thorn ohne jede Störung vor sich. Für alle Fälle waren Sicherheitsmaßnahmen zum Schutze der Wahlhandlung getroffen worden. Auf Ersuchen des Magistrats haben die Wahlvorstände sogleich nach Schluß der Wahl das Ergebnis festgestellt und nach dem Rathause mitgeteilt. Eine Zusammenstellung der Ergebnisse in den 28 Bezirken der Stadt und in einigen Landbezirken haben wir heute morgen durch Sonderblatt bekanntgegeben. Auffallend ist vor allem die verhältnismäßig geringe Wahlbeteiligung. Es dürften kaum viel mehr als etwa 60 v. H. Stimmberechtigte von ihrem Wahlrechte Gebrauch gemacht haben. Das ist zum Teil auf die von den Polen geübte Wahlenthaltung zurückzuführen, zum anderen Teil auf das schlechte Wetter und die Aengstlichkeit mancher Wähler, die durch beunruhigende Gerüchte kopfscheu gemacht worden waren. In Thorn Stadt hat die Deutschnationale Partei einen kleinen Vorsprung vor der Deutsch[…] Sozialdemokrat[…] [..]emokratischen gewonnen, die nannten Part[…] [..]n blieben hinter den beiden gelich gering[…] [..]ien merklich zurück. Eine lächerabhängigen[…] Stimmenzahl entfiel auf die „Unkreise sind[…]“. Die Ergebnisse aus dem Landzeigt si[…] noch nicht vollständig bekannt, doch läßt, […], soweit sich das bis jetzt überblicken günst[…] [..]in für die Deutsche demokratische Partei […]iges Bild.

— **Telegrammverkehr mit Oberost.** Soweit d[..]s Gebiet des Oberbefehlshabers Ost noch von deutschen Truppen besetzt ist, befinden sich überall auch Heerestelegraphenstationen im Betrieb, die zum Privattelegrammverkehr mit Deutschland zugelassen sind.

— **Die Koppernikus-Stiftung für Jungfrauen** verleiht wieder zum 19. d. Mts. einige Stipenden an bedürftige und würdige Mädchen als Beihilfen zu ihrer Ausbildung. Meldungen mit Zeugnissen sind bis zum 22. d. Mts. an Herrn Pfarrer Jacobi einzureichen.

— **Bund der Beamten-Stellvertreter und Unterzahlmeister der deutschen Armee.** Anläßlich einer [a]m 15. Januar 1919 abgehaltenen Versammlung, in der sämtliche Armeekorps vertreten waren, wurde der Bund der Beamten-Stellvertreter, Unterzahlmeister usw. der deutschen Armee, Sitz Dresden, gegründet. Dieser Bund beabsichtigt, sowohl die aktiven als auch die Beamten-Stellvertreter des Beurlaubtenstandes zu organisieren. Unter anderem hat sich der Bund zur Aufgabe gemacht, den zur Entlassung kommenden Kameraden eine geeignete Existenzmöglichkeit zu verschaffen bzw. Stellungslosen Unterstützung zu gewähren.

— **Die Versammlung der Deutsch-nationalen Volkspartei** im Viktoriapark war am Sonnabend abend nur mäßig besucht. Den Hauptvortrag hielt Herr Pfarrer Müller-Schönsee über „Was haben wir der Revolution zu verdanken?“ Die Ausführungen des Redners, die im Gegensatz zu der gewohnten Kampfesweise der Deutschnationalen rein sachlich gehalten waren und, frei von Gehässigkeit, den Beifall eines großen Teiles der Versammlung fanden, zerfielen in drei Teile: 1. Vaterland, 2. Christentum, 3. Soziale Reformen. In der nachfolgenden Aussprache widerspricht Herr Justizrat Aronsohn dem Vorredner, der die Ursachen des Zusammenbruchs als eine Folge der Revolution bezeichnet hatte. Die Schuld liege in der langen Kriegsdauer und der verfehlten Politik. Was die Kriegsverlängerung anbetreffe, so sei es feststehende Tatsache, daß es einen Zeitpunkt gegeben habe, an dem eine damals sehr bedeutende neutrale Macht bereit und imstande war, den Frieden zu vermitteln. Die Erklärung des uneingeschränkten U-Bootkrieges habe aber eine entgegengesetzte Wirkung ausgeübt. Herr Leutnant Emmerich warnt davor, die zwischen der Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien bestehende Kluft, die uns schon unnennbaren Schaden getan habe, durch gehässiges Parteigeplänkel zu vergrößern. Man dürfe in der Sozialdemokratie nicht nur die Vertreterin eines Parteiprogramms, sondern die Vertreterin eines sehr großen Teiles der Arbeiterschaft sehen. Ohne Gewerkschaftsführer können wir den Staat nicht wieder aufbauen. Wir brauchen diese Leute ebenso wie den Frieden und den Geist der Versöhnlichkeit. Wir dürfen nicht die Fühlung mit dem Volke verlieren, daran hat es oft den Offizieren gefehlt. Nur wenn alle Parteien in ihren Forderungen etwas nachgiebiger sind, läßt sich in gemeinsamer, friedlicher Arbeit der Wiederaufbau des Reiches durchführen. Redner schloß seine Darlegungen mit dem Bemerken, daß er der Deutsch-demokratischen Partei beigetreten sei, weil er in der Deutsch-nationalen Volkspartei die zukünftige Oppositionspartei sehe. Im weiteren Verlauf der Auseinandersetzung sprachen noch die Herren Wingendorf, Medizinalrat Dr. Witting, Krause Kittler und Polzin.

— **Der Verein ehemaliger 21er** hielt am 11. d. Mts. eine gut besuchte Hauptversammlung im Patzenhofer ab. Der 2. Vorsitzende, Lt. d. L. Bohn begrüßte die aus dem Felde heimgekehrten Kameraden (etwa 30) mit einer herzlichen Ansprache und durch ein von ihm verfaßtes Gedicht. Den Jahresbericht erstattete Kamerad Bahnassistent Osthuchenrich. Danach zählt der Verein 92 Mitglieder. Die Vereinstätigkeit war in der Kriegszeit wenig rege, sie wird jetzt wieder aufleben. Kamerad Oberbahnassistent Ziß berichtete über die Kassenprüfung. Den Kassenbericht erstattete Kamerad Gastwirt Puzig. Die Kasse verfügt über 861 M., der Fahnenfonds über 350 M. Der stellv. Vorsitzende sprach den genannten Kameraden für ihre treue Mitarbeit und den Spendern von freiwilligen Beiträgen Kameraden Fabrikbesitzer K. und Zahlmeister G. den Dank des Vereins aus. Fünf Kriegsteilnehmer wurden als Mitglieder aufgenommen, sodaß der Verein 97 Köpfe zählt. Es erfolgte nunmehr die Vorstandswahl. Der bisherige 1. Vorsitzende Kamerad Rechnungsrat Mittag lehnte wegen Krankheit eine Wiederwahl ab. Die Zettelwahl hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Obersekretär Leutnant d. L. Bohn, 2. Vorsitzender Oberbahnassistent Leutnant d. L. Tesch, 1. Schriftführer Registrator Schindler, 2. Schriftführer Bahnassistent Ostbuschenrich, 1. Kassenführer Restaurateur Puzig, 2. Kassenführer Oberbahnassistent Ziß. Beisitzer Fabrikbesitzer A. Kittler, Bankbeamter A. Nitz, Werkmeister Breitenfeld. Kassenprüfer: Kantinenpächter Certens und Bahnassistent Miehlbraat. Als Festordner wurde Kamerad Schruhl gewählt, der gleichzeitig Beiträge einziehen wird. Der bisherige 1. Vorsitzende, dessen Verdienste um den Verein allseitig anerkannt wurden, erhielt durch Zustimmung aller Anwesenden seine Ernennung zum Ehrenmitglied des Vereins. Beschlossen wurde, am 8. Februar im Tivoli einen bunten Abend für die Angehörigen des Vereins, namentlich der Kriegsteilnehmer zu veranstalten. Nach Schluß des geschäftlichen Teils dankte Offizierstellvertreter Patschorke [9]21 namens der Kameraden des aktiven Regiments für die freundliche Begrüßung und für die im Kriege gestifteten Weihnachtsspenden. Der Vorsitzende versprach weitere kameradschaftliche Beziehungen zu dem alten Regiment zu pflegen, dessen Kommandeur sich durch gute Behandlung seiner Untergebenen großer Beliebtheit und Wertschätzung erfreue, und schloß mit einem freudig aufgenommenen Hoch auf das Regiment 21.

— **Ueber die Heimkehr der 10. Armee** wird uns aus dem Felde berichtet: Nunmehr sind sämtliche Verbände, die bei Beginn der großen Umwälzung am 9. November 1918 in der Njeper Gegend die Armee bildeten, in die Heimat zurückgeführt. Sie haben die Entfernung von etwa 600 Kilometer bis zur deutschen Grenze durch winterlichen Wald und Sumpf dicht gefolgt von russischen Truppen und durch eine vielfach feindlich gesinnte Bevölkerung, teils im Fußmarsch, teils mit Bahntransport ohne jeden nennenswerten Verlust an Menschen oder Material in voller Ordnung — abgesehen von wenigen schmachvollen Ausnahmen — zurückgelegt. An ihrer Stelle sind Neubildungen aus Freiwilligen geschaffen worden, die zwar in Eile aufgestellt werden mußten, sich aber doch schon zu festigen beginnen. Diese erfüllen jetzt die Aufgabe der Armee, in einer Front von der deutschen Ostgrenze den Rücktransport der Truppen aus der Ukraine und gleichzeitig Ostpreußen vor den nachdrängenden Horden des Ostens zu schützen.

— **Meldepflicht für gewerbliche Verbraucher im Februar.** Gewerbliche Verbraucher von mindestens 10 Tonnen Kohle, Koks und Briketts monatlich müssen laut Bekanntmachung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung vom 4. Januar 1919 (Reichsanzeiger Nr. 5) die üblichen Meldungen in der Zeit vom 1. bis 5. Februar 1919 erneut erstatten. Die Meldepflichtigen werden darauf aufmerksam gemacht daß die Preise für die Meldekarten erhöht worden sind. Die Meldekarten sind nunmehr bei den bekannten Stellen (Orts- und Bezirkskohlen-, Kriegswirtschafts-, Kriegsamtsstelle- bzw. der an ihre Stelle getretenen Zivilverwaltungsstelle) zum Preise von 35 Pfg. für ein Meldekartenheft mit vier Karten (40 Pfg. mit fünf Karten) nebst Wortlaut der Bekanntmachung sowie von 10 Pfg. für eine Einzelkarte erhältlich.

— **Benutzt den paritätisch-städtischen Arbeitsnachweis.** Es dürfte vielen unserer Leser noch nicht genügend bekannt sein, daß der bisherige Arbeitsnachweis zu einem paritätisch-städtischen Arbeitsnachweis ausgebaut ist. Den Vorsitz führt Frau Syndikus Kelch, als Beisitzer sind Arbeitgeber sowie Arbeitnehmer in gleicher Zahl vertreten, sodaß jeder einzelne, sei es Arbeitgeber oder Arbeitnehmer, überzeugt sein kann, daß alles geschieht, um ihren Wünschen gerecht zu werden. Die Arbeitsvermittelung ist für beide völlig kostenlos. Es kann somit doch nur im Interesse der Arbeitsuchenden liegen, sich des Arbeitsnachweises zu bedienen. Um aber segensreich wirken zu können, bedarf es der Unterstützung aller Kreise. Jeder Arbeitgeber müßte also seinen Bedarf dem Arbeitsnachweis anmelden; jeder Arbeitnehmer müßte nur Arbeit durch den Arbeitsnachweis annehmen; nur dann, auch nur dann kann eine lückenlose Ver-

mittelung geschaffen werden. Der Arbeitslosigkeit, der Belastung der Erwerbslosenunterstützung würde damit gesteuert werden. Auch die Hausfrauen machen wir auf diese Einrichtung aufmerksam. Es kommen in diesen Tagen eine größere Anzahl weiblicher Hilfskräfte aus den militärischen Betrieben zur Entlassung. Helft, daß auch diese recht bald lohnende Beschäftigung erhalten. Denn sie waren es doch, welche in Zeiten der Not für die fehlenden Männer in die Bresche sprangen und Munitionsarbeiten leisteten. Jeder Haushalt dürfte wohl alte Kleider zum Umarbeiten, Wäsche zum Ausbessern u. a. m. haben. Hier könnte eine Anzahl von Frauen und Mädchen dann Beschäftigung finden. — Vom 15. 11. 18 bis 8. 1. 19 sind 1040 männliche, 87 weibliche Personen vermittelt worden.

— **Mitteilungen der öffentlichen Wetterdienststelle.** Dienstag, den 21. Januar 1918: Wolkig, kälter, zeitweise Schneefälle.

Podgorz. Diebstähle. Ausgeräumt wurde, wie der „Podg. Anz." schreibt, von unerkannt entkommenen Dieben in der Nacht von Mittwoch zu Donnerstag die W'sche Räucherkammer, in der einige Zentner Schweinefleisch aufgestapelt waren, die zumteil dem Besitzer, zumteil verschiedenen Bewohnern des Ortes gehörten. — In der Nacht vom Donnerstag zum Freitag suchte lichtscheues Gesindel auf dem Schießplatze die Kantine 3, die seit einigen Tagen unbewohnt ist, auf. Die Diebe erbrachen die Eingangstür zum Hinterraum, gingen in den Verkaufsraum und raubten die dort aufgestapelten Zigaretten und Streichhölzer. Die anderen Waren ließen die Einbrecher, von denen eine Spur nicht zu finden ist, unberührt liegen.

Marienwerder. Schwere Ausschreitungen. Der Steinsetzer Klemba und der Artillerist, Dachdecker Kilian zertrümmerten in einem Lokal, in dem man ihnen die Verabfolgung von Branntwein verweigert hatte, die Fensterscheiben. Vorher hatten sie sich schon in mehreren Gastwirtschaften herausfordernd gebärdet. Dann zogen sie weiter und zerstörten an etwa acht Geschäftshäusern die Schaufenster, die zum Teil ausgeplündert wurden. Auch die Fenster des Geschäftsraumes des A.- u. S.-Rates fielen der Zerstörungswut zum Opfer. Inzwischen hatte sich eine größere Volksmenge, meist Soldaten, angesammelt. Auch je eine Gruppe Militär und freiwillige Bürgerwehr hatten sich eingefunden. Bei dem Versuch, die Uebeltäter festzunehmen, wurde Kilian, der mit einem Seitengewehr um sich schlug, durch einen Bauchschuß schwer verletzt. Klemba wurde festgenommen. Kilian, der etwa 28 Jahre alt ist, ist Sonnabend früh im Lazarett gestorben.

Dirschau. Auf Gehälter zu verzichten beschloß der neu gebildete Soldatenrat in Dirschau. Der Stadt werden monatlich dadurch mehrere tausend Mark erspart.

Danzig. Eine Spartakus-Organisation ist Donnerstag in Danzig gegründet worden. Die hiesigen Spartakisten wollen mit dieser Gründung eine markante Scheidelinie zwischen sich und den Unabhängigen ziehen. Die Zahl der Mitglieder, die sich in der Gründungsversammlung der Organisation anschlossen, ist gering.

Thorner Strafkammer.

Thorn, 20. Januar.

Gegen den Schachtmeister Julian Murawski aus Skarlin war unter der Beschuldigung der wissentlich falschen Anschuldigung ein Strafbefehl auf drei Monate Gefängnis ergangen. Murawski leitete im Jahre 1916 für die Firma Pankalla und Krenz in Posen die Drainagearbeiten in Neumowo. Er hatte die Arbeitsleute anzuwerben, die Lohnlisten zu führen und die Löhne zu zahlen. Das Amtsgericht zu Neumark hatte gegen Murawski Anklage erhoben, weil er an vier Arbeiter Lohnbeträge von 39,20 Mk., 14,52 Mark und 22,45 Mark zu wenig ausgezahlt haben sollte. Während das Schöffengericht die Untreue für erwiesen erachtet und auf 10 Gefängnis erkannt hatte, hob die Strafkammer zu Thorn später das Urteil auf und erkannte auf Freisprechung. Nunmehr erstattete Murawski gegen den Geschäftsführer Kurowski bei der Staatsanwaltschaft in Posen eine Anzeige und bezichtigte ihn der Verleitung zum Meineide. Dies trug ihm den Strafbefehl ein. Auf seinen Einspruch hatte die Beweisaufnahme vor dem Schöffengericht jedoch das Ergebnis, daß er der wissentlich falschen Anschuldigung nicht für schuldig erachtet und freigesprochen wurde.

Der 16jährige Arbeitsbursche Alfred Malzahn aus Tillitz wurde beschuldigt, dem Musketier Zarucha ein Portemonnaie mit 60 Mark entwendet zu haben. Während der Amtsanwalt 5 Tage Gefängnis beantragte, erkannte der Gerichtshof auf Grund des Gnadenerlasses auf Einstellung des Verfahrens.

Standesamt Thorn.

Vom 16. bis 18. Januar 1919.

Sterbefälle: Landsturmann Arbeiter Boleslaw Zielinski 41 J. 8 M.; Schiffseignerfrau Josephine Pestka geb. Drazkowski 40 J. 2 M.; Musketier Bürogehilfe Albert Brams 21 J. 9 M.; Alfred Spickert 5 J. 9 M.; Schüler Richard Krüger 9 J. 1 M.; Schiffsgehilfe Thomas Wiktorowicz 79 J. 11 M.; Zimmermanswitwe Mathilde Voigt, geb. Minkolai 58 J. 9 M.; Waltraud Patzwald 2 St.; Fähnrich v. d. 3. Batr. Ers.-Batl. Fuß-Art.-Regt. Heinrich Schmidt 19 J. 7 M.; Arbeiterwitwe Anna Naß, geb. Hedrich 50 J. 7 Monate.

Neueste Nachrichten.

Branting in Berlin.

Berlin, 19. Januar. (Drahtnachricht.) Der schwedische Sozialistenführer Branting hatte heute abend in seinem Hotel eine längere Unterredung mit Oberst Reinhard, dem Kommandeur des Freiwilligen-Regiments. Bei der Unterredung wurden alle Fragen des Augenblicks gestreift, u. a. die Notwendigkeit der Heranschaffung von Lebensmitteln und Rohstoffen. Die Verweigerung der Rückgabe der deutschen Gefangenen durch die Entente, die neuerdings von Foch verlangte ungeheure Abgabe von landwirtschaftlichen Geräten, die Rückgabe der deutschen Kolonien, die Einbrüche ins deutsche Gebiet. Branting hat sich durch persönlichen Augenschein davon überzeugt, daß sich die Wahlen zur Nationalversammlung in Berlin in vollkommener Ruhe vollzogen haben.

Herabsetzung der feindlichen Truppenstärke in den deutschen besetzten Gebieten.

Washington, 19. Januar. (Drahtnachricht.) General March erklärte gegenüber amerikanischen Zeitungsvertretern, die in Frankreich und den besetzten Gebieten befindlichen Truppen würden auf die notwendige Mindestzahl herabgesetzt werden.

Die Obduktion der Leiche Dr. Liebknechts.

Berlin, 19. Januar. (Drahtnachricht.) Die Obduktion der Leiche Dr. Liebknechts, die heute im Leichenschauhause vorgenommen wurde, hat nach dem Gutachten der drei damit beauftragten, beamteten Aerzte ergeben, daß der Getötete von hinten und durch Fernschüsse erschossen worden ist.

Vom internationalen Sozialistenkongreß.

Bern, 19. Januar. (Drahtnachricht.) Die Schweizerische Depeschenagentur erfährt, daß der Beginn des internationalen sozialdemokratischen Kongresses am 27. 1. im Volkshause in Bern stattfinden wird.

Neuaufstellung des griechischen Mittelmeergeschwaders.

London, 19. Januar. (Drahtnachricht.) Reuter. Wie Sunday Expreß erfährt, beabsichtigt die britische Regierung, das griechische Mittelmeergeschwader wieder einzurichten. Die griechischen Seestreitkräfte sollen in diesen Gewässern künftighin durch ein besonders starkes Geschwader vertreten sein. Die Basis des Geschwaders wird Malta sein.

Am 17. Januar starb im Bad Salzufflen an einem Leiden, das er sich im Felde zugezogen, unser geliebter Sohn und Bruder, der

Kaufmann

Selmar Kalitzki

im blühenden Alter von 31 Jahren.

Thorn, den 20. Januar 1919.

J. Kalitzki und Frau
Erwin und Julian Kalitzki.

Die Beerdigung wird nach erfolgter Ueberführung bekanntgegeben.

Allen, die unserm lieben **Heinz** durch Teilnahme und Kranzspenden die letzte Liebe erwiesen haben, sagen wir

herzlichen Dank.

Polizeikommissar **Schlicht** und Frau.

Bekanntmachung

zur Vergebung der Lieferung von Granit- oder Basaltschotter und Kies für die Herstellung von nachstehenden Neuschüttungen.

Los 1.

Für die Neuschüttung der Culmer Chaussee von der Janitzen- bis zur Roßgartenstraße.

Los 2.

Für die Viehmarktstraße von der König- bis zur Schlachthausstraße.

Los 3.

Für die Schlachthausstraße von der Leibitscherstraße bis zum Schlachthause.

Los 4

Für die Geretstraße von der Grützmühlen- bis zur Lindenstraße, haben wir einen Termin auf

Sonnabend, 1. Februar 1919,

vormittags 10 Uhr,

festgesetzt Verdingungsunterlagen können während der Dienststunden von Montag, den 20. d. Mts. ab im Stadtbauamt eingesehen, oder gegen Erstattung der Vervielfältigungskosten von 1,00 M. für jedes Los von dort bezogen werden.

Die Angebote sind als solche äußerlich kenntlich zu machen und an den Magistrat, zu Händen des Herrn Bürodirektor Koch, Rathaus, Zimmer Nr. 19, mit den durch Unterschrift anerkannten allgemeinen Bedingungen einzureichen.

Thorn, den 14. Januar 1919.

Der Magistrat

Bekanntmachung.

Infolge der politischen Verhältnisse sind seit längerer Zeit fast gar keine Kohlen und Briketts mehr nach Thorn hereingekommen.

Da die Händlerläger fast gänzlich geräumt sind, wird hierdurch angeordnet, daß jeder Haushalt verpflichtet ist, zur Streckung der Vorräte Koks mitzuverfeuern.

Koks ist bei den hiesigen Gaswerken genügend vorhanden. Empfehlend wird auf Hüttenkoks hingewiesen, den einige hiesige Firmen führen.

Wir haben die hiesigen Kohlenhändler angewiesen, in Zukunft nur an diejenigen Haushaltungen Kohlen und Briketts zu verabfolgen, die ausweislich ihrer Brennstoffkarten Koks entnommen haben.

Es haben Koks zu entnehmen: Haushaltungen mit einer Jahresbedarfsmenge

bis 35 Zentner	mindestens	3 Ztr.
„ 55 „	„	5 „
über 55 „	„	10 „

Thorn, den 16. Januar 1919.

Ortskohlenstelle.

Die Lieferung der

Mazzos

für das Passahfest 1919 an die Mitglieder unserer Gemeinde erfolgt in diesem Jahre ebenfalls **nur** gegen die von uns zu beglaubigenden Bestellscheine und nur gegen Verzicht auf die für die Festwoche entfallenden Brotmarken.

Sämtliche Bestellscheine müssen an uns spätestens am 31. Januar 1919 abgeliefert werden.

Die Gemeindemitglieder, welche Mazzos zu beziehen wünschen, werden aufgefordert, die Bestellscheine in unserem Gemeindebüro bis zum 25. Januar 1919 unter Vorlegung der Brotkartenausweise in Empfang zu nehmen. Nach Ablauf dieser Frist können Anträge auf Mazzoslieferung nicht mehr berücksichtigt werden.

Die Ausgabe der Bestellscheine auf Mazzos erfolgt täglich vormittags von 8 bis 9.30 Uhr, nachmittags von 4–5 Uhr und Sonntags vormittags von 9–12 Uhr.

Thorn, den 14. Januar 1919.

Der Vorstand der Synagogengemeinde.

Der
parit. städt. Arbeitsnachweis (Abtlg. weibl. Personal)
Rathaus-Erdgeschoß
bittet dringend um
Angebote von offenen Stellen für weibliches Hauspersonal pp.

Der
parit. städt. Arbeitsnachweis (Abtlg. männl. Personal)
Gouvernements-Gebäude Neustädt. Markt
sucht
Schuhmacher, Schneider, Eisendreher, Former, Möbeltischler (Furnierer),
empfiehlt
Schlosser-, Bäcker- und Fleischer-Lehrlinge, sowie Handwerker und Arbeiter jeder Art.

Beschwerden sind an den paritätisch städt. Arbeitsnachweis zu richten

---

Eine große Anzahl

Kutscher

wollen sich sofort melden im

paritätisch städt. Arbeitsnachweis,
Gouvernementsgebäude Neustädt Markt.

Die von Herrn Hauptmann **von der Lippe** Mellienstr. 29, hochptr. innegehabte

Wohnung

ist vom 1. 4. 1919 ab versetzungshalber zu vermieten. Näheres zu erfragen Waldstr. 15, Erdgeschoß.

---

1 Lagerraum

in dem Schuppen der Handelskammer am Hauptbahnhof vom 1. April 1919 zu vermieten

C. B. Dietrich & Sohn, G. m. b. H.,
Thorn, Breitestr. 35.

---

1 Konzert-Zither
zu verkaufen Strobandstraße 7, 1.

Deutschnationaler Volksverein
Ortsgruppe Thorn.

Dienstag, den 21. Januar, nachm. 5 Uhr

Versammlung

aller Obleute und Vertrauensmänner der Wahlbezirke des Stadtkreises im Vereinszimmer des Artushofes.

Der Einberufer.

In der Nacht vom 16. zum 17. sind in Katharinenflur durch Leute in Uniform

2 Pferde gestohlen

worden. Ein Fuchswallach, klein, breit und sehr kräftig, kaltblut, im 3. Jahre, große Blesse, weiße Füße, hinten unbeschlagen. Ein Rappwallach leicht und älteres Pferd, mit Stern. Für Wiederbringung hohe Belohnung. Meldungen erbeten an

Fritz Ulmer
Thorn-Mocker. — Fernruf 53.
oder
Kasimir Walter
Thorn-Mocker, Geretstraße 49.
Fernruf 93.

Vermißt.

Seit dem 6. Januar d. Js. wird mein Sohn, der

Kanonier Franz Schwagereit,

zuletzt beim Ers.-Batl. Inf.-Regt. 21, 4. Komp., Thorn vermißt.

Kameraden, welche irgendwelche Auskunft über den Genannten geben können, werden ersucht, diese an untenstehende Adresse zu richten.

Ebenso wird sein Freund **Paul Lemk**-Thorn um eine diesbezügliche Nachricht gebeten.

Franz Schwagereit,
Bäckermeister,
Elbing Wpr., Gr. Wunderbergstr. 39

Ein junger Feldgrauer

25 Jahre alt sucht, da hier fremd, auf diesem Wege mit einer schicken

jungen Dame

in Verkehr zu treten. Spätere Heirat nicht ausgeschlossen. Zuschriften mit Bild sind zu richten unter **B. W. 214** an die Gesch. dieser Zeitung.